

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C, Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383  
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)  
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 29. Oktober 1932

36. Jahrgang

Nummer 44

## Wesentliche Rundgebung

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Deutschen Angestelltenbundes am 18. Oktober 1932 in Berlin im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates

Diese Rundgebung war sehr eindrucksvoll, sie vereinte die Vertreter von allen in beiden Bundesorganisationen zusammengefaßten Gewerkschaften. Zur Verhandlung stand nur: „Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften“.

Alles, was die organisierten Arbeiter zur Sache zu sagen haben, kam von Theodor Leipart, der die Rundgebung eröffnete, von den Referenten Fritz Tarnow, der die wirtschaftliche Auffassung, und Clemens Körpel, der die rechtliche darlegte, recht deutlich, scharf, aber dennoch sachlich zum Ausdruck. Die Rundgebung fand ihren einmütigen Willensausdruck in einer Entschließung.

Der Vorsitzende des AdA-Bundes, Aufhäuser, schloß die Tagung mit beredten Worten, die nicht nur zu wiederholten Beifallsäußerungen hinrißen, sondern die Teilnehmer spontan veranlaßten, mit dem dreimaligen Ruf „Freiheit“ ihren ernststen Willen vor dem Auseinandergehen zu bekunden.

Ein geladener, aber nicht erschienen waren der Reichsminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsarbeitsminister. Die Herren waren verhindert. Als Beauftragter Regierungsvertreter nahm der Ministerialdirektor Dr. Sigler an der Rundgebung teil.

Leipart gab das Entschuldigungsschreiben des Reichsministers bekannt, wobei er bedauerte, daß der Reichsminister eine lebhafteste Teilnahme an der Arbeit der Gewerkschaften betreibt, aber zu einer Veranstaltung der Arbeiter leider nicht die Zeit findet. In dieser Zeit der scharfen Spannungen ist es Pflicht jeder Regierung, die auseinanderstrebenden Kräfte des Volkes zusammenzuhalten. Mit ihrem Reden und Handeln treibt aber die Regierung einen Keil nach dem anderen in das Volk. Der Reichsminister von Papen hat vor einigen Tagen erst erklärt, daß die Feinde des Volkes seien, die sich nicht hinter die Regierung stellen. Will man etwa die Millionen Arbeiter und Angestellten, die bei der Wahl gegen die Regierung stimmten, als Feinde des Volkes bezeichnen? Die überhebliche Art, mit der die Regierung ihre Gegner abzufertigen pflegt, muß energig zurückgewiesen werden. Es ist unfair, den Gewerkschaften die Schuld daran zuzuschreiben, daß der Anrufungsplan nicht besser funktioniert. Die Gewerkschaften haben als erste den Ruf nach Arbeitsbeschaffung erhalten lassen. Auf einem Sondertag haben sie das ganze Problem vor aller Öffentlichkeit behandelt. Die Gewerkschaften treten immer ein für das Recht der Arbeiterklasse und kämpfen gegen jede Regierung, die das einzulegen versucht. Leipart betonte das letztere leidenschaftlich mit großem Ernst unter stürmischen Beifall der Zuhörer.

Leider gestattet uns der Raum im „Steinarbeiter“ nicht, die vorzüglichen Ausführungen der beiden Verhandlungsleiter und der Referenten im Wortlaut wiederzugeben, wir müssen uns mit einem kurzen Auszug begnügen.

Tarnow begann seine durchschlagenden Ausführungen mit der Schilderung der kolossalen Verluste, die die Krise in der Welt und in Deutschland herbeigeführt hat. Er streifte den Arbeitsbeschaffungsplan der Gewerkschaften, um dann den Regierungsplan kritisch zu beleuchten. Die Gewerkschaften wollten zwei Milliarden für tatsächliche und unmittelbare Arbeitsbeschaffung, der Regierungsplan will 2,2 Milliarden Steuererlöse unter die Unternehmer verteilen. Der Weg zur direkten Arbeitsbeschaffung wurde nicht beschritten, sondern man glaubte, die private Unternehmerinitiative als Mittel zur Krisenüberwindung betrachten zu dürfen. Die angeblich so konservative Regierung huldigt dem ultraliberalen Grundsatz: alles, was den Unternehmensegeist im Lande stärkt, zu Geschäftsbeförderung und zur Erhöhung des wirtschaftlichen Umlages führt, ist Sozialpolitik im besten Sinne des Wortes. Die Gewerkschaften stellen ihre Aufassung demgegenüber, daß alle Sozialpolitik, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkraft die Voraussetzungen für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umlages schafft, Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes ist. Die 1½ Milliarden, die die Regierung den Unternehmern in Form von Steuererlösen zuführt, sind übrigens eine sehr fatale Größenordnung. Es ist nämlich der gleiche Betrag, der mit der Notverordnung vom 14. Juni aus den untersten Schichten herausgepreßt worden ist. Wenn die Regierung schon 2,2 Milliarden an die Unternehmer verleiht, wie konnte sie auch noch die Lohnsenkungsbeiträge der Arbeiter mit in den Geschenkkorb werfen? Die Unbilligkeit der Lohnsenkungsbeiträge ist selbst vielen Unternehmern klar geworden. Sie schämten sich geradezu, von den Notverordnungsrechten Gebrauch zu machen. Das müßte selbst eine Warnung für die Regierung sein. Tarnow behandelte dann die Widerprüfe des Anrufungsplans und bringt Beispiele, zu welchen Unbilligkeiten die Steuererlöse führen. Der theoretisch normale Fall ist der, daß bei Neueinstellungen 55 bis 60 Prozent des Lohnes der Neueinstellung durch die Lohnbeiträge der Beschäftigten ausgebracht werden sollen. Dazu tritt dann noch die Einstellungsprämie. Zahlreiche Fälle beweisen, daß die Unternehmer, die von dem Recht der Notverordnung rücksichtslos Gebrauch machen, für die Neueinstellung weniger Lohn zu zahlen brauchen. Es gibt sogar Fälle, wo die Einstellungsprämien und die Lohnbeiträge den Lohn der Eingestellten übersteigen und für den Unternehmer ein Ueberfluß entsteht. Die Notverordnung soll auch zur Verkürzung der Arbeitszeit führen. Die Gewerkschaften haben die 40-Stunden-Woche schon lange gefordert. Die Arbeiter waren bereit, ein großes Opfer

für ihre arbeitslosen Kollegen zu bringen. Wenn nun aber die Verordnung zu den 16 Prozent Lohnausfall aus der Arbeitszeitverkürzung noch weitere 12 Prozent der Lohnsenkung hinzufügt, dann geht dies weit über das noch erträgliche Maß hinaus. Eine Unmöglichkeit ist ferner der § 7 der Verordnung, der „gefährdete Betriebe“ dadurch retten will, daß er dem Schlichter das Recht gibt, für sie den Tariflohn bis zu 20 Prozent zu senken. Wenn diese Idee in das allgemeine Arbeitsrecht eingefügt werden sollte, wäre das Ende der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse gekommen. Tarnow wandte sich ferner gegen die unselbige Handelspolitik, die durch Einfuhrzölle und Kontingentierungen zu gefährlichen

Gegenmaßnahmen anderer Länder geführt hat. Dadurch wird die Arbeitsbeschaffung durch Brotlosmachung der Arbeiter in den Exportindustrien wieder illusorisch gemacht. Die Regierung setzt sich durch ihre Maßnahmen in starkem Widerspruch zu den Worten des Reichspräsidenten, „daß der Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe.“ Die Regierung muß nach Prüfung der Sachlage schleunigst dazu übergehen, die Notverordnung vom 5. September aufzuheben.

Körpel vom ADG sprach über den Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts. Die Reichsregierung hat tiefgehende Eingriffe in die Rechtsstellung der Arbeiter im Staate sowie in das Tarifrecht und das Arbeitsrecht vorgenommen. Die Arbeiterklasse hat nach der Umwälzung die Demokratie und die Gleichberechtigung aller Staatsbürger durchzusetzen verstanden. Deshalb wehrt sie sich entschieden dagegen, daß diese Grundrechte der Republik jetzt aufgehoben werden sollen. Durch die Maßnahmen der Regierung ist die Vertragstreue stark erschüttert. Aus staatspolitischen und rechtlichen Erwägungen halten daher die Gewerkschaften Eingriffe in das Tarifrecht und die Unabdingbarkeit nicht für rechtswirksam. Nach wie vor besteht bei der Verminderung der Tarifsätze auf Grund der Notverordnung vom 5. September die Kampfethik, die der Kollege Körpel durch unüberlegbare Rechtsgründe verteidigte. Das deutsche Staatsleben hängt ab von der Erhaltung der Grundrechte, die in der Reichsverfassung gewährleistet sind und für die heute allein die Gewerkschaften eintreten. Mit ihren Maßnahmen hat die Reichsregierung das heute für den Interessenausgleich zwischen Arbeiter und Unternehmer geradezu unerlässliche kollektive Arbeitsrecht gefährdet. Der Arbeiter wird Objekt im Staatsleben. Die Gewerkschaften wenden sich entschieden dagegen, daß an die Stelle des Rechts die reine Fürsorge treten soll. Die Freiheit ist das höchste Gut aller Menschen, auch der Arbeiter. Man bilde sich nicht ein, daß die kulturell hochstehende deutsche Arbeiterklasse ihre Freiheit jemals preisgeben wird. Der gegenwärtige Kampf ist ein solcher um die persönliche Freiheit des Arbeiters und das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften kämpfen um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und auf dem Boden der Reichsverfassung für die Menschenrechte.

Die Willensrundgebung, die die Grundgedanken der Referate zusammenfaßt und eindeutig die Forderungen der Gewerkschaften zu den Notverordnungen der Papen-Regierung zum Ausdruck bringt, hat folgenden Wortlaut:

„Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung krankt an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation bekämpfen und den Binnenmarkt beleben, senkt aber die Löhne und Gehälter. Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erschwert aber durch die Kontingentierungspolitik die industrielle Ausfuhr und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.“

Dieser Widerspruch des Wirtschaftsprogramms entspricht kein sozialer Geist. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Landwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter Druck gestellt. Während Industrie und Landwirtschaft Steuererlöse erhalten, wird die Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung von Massensteuern erneut belastet. Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterhöhlt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung muß zugleich ihre Machtstellung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu lähmen.

Die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterklasse unerträglich. Die erzwungene Lohnsenkung steht im Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach „der Lebensstandard der Arbeiterklasse gesichert und der soziale Gedanke gewahrt“ bleiben soll. Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die trasse Ungerechtigkeit der Regierungsmassnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Entrüstung ins Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zerstört damit die Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft. Eine Regierung, die das Lebensrecht der Arbeiterklasse mißachtet, setzt sich mit der Mehrheit des Volkes in Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse zugleich der Kampf der gesamten Wirtschaft ist. Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abzielt, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umlages schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes. Man kann die Krise nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitswillen lähmt und sich nur auf die Initiative der Unternehmer verläßt, sondern allein mit dem Einsatz aller verfügbaren Mittel durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.“

## Gewerkschaft und Politik

Es gibt Leute, die eine gewisse Abneigung gegen die Betätigung im politischen Kampf haben. Sie können sich nicht zurechtfinden in dem Wirrwarr der Meinungen, in dem Streit um politische Grundsätze und Probleme und halten es mit denen, die da meinen: so lange wie wir leben, steht die Welt. Das heißt, man ist wohl mit vielem unzufrieden, was diese unvollkommene Welt bietet, aber man gibt sich einem Fatalismus hin, der im Nichtstun endet. Auch gibt es so grundgescheite Leute, die keine Partei finden, die das Vollkommene ihrer Erkenntnis begriffen hätte. Und so fehlt uns in der Arbeiterklasse jener geschlossene einheitliche Wille, der Großes zu leisten vermag. Diese Schwäche der Arbeiterbewegung wird vielfach ganz folgerichtig von unseren Gegnern ausgenutzt, die Uneinigkeit stärkt die Position unserer Feinde.

Wenn es uns gelänge, dieses alte Uebel auszumerzen und die Erwerbstätigen aus allen Berufen eine geschlossene Kampffront bilden würden, dann wäre uns geholfen. Diese Einheit ist eine Grundlage, auf der die Gewerkschaften aufbauen. Sie wollen die Lebenshaltung des Arbeiters heben, sie wehren sich gegen den Niedergang, sie fassen die Kräfte zusammen, um an Stelle der Willkür in der Lohnsetzung das Bestimmungsrecht zu setzen. Aber das nicht allein. Das Wirtschaftsgetriebe wirft den Arbeiter aus seiner Erwerbsstellung; was ihm als feste Grundlage erschien, bricht zusammen. Hier helfend einzugreifen, ist eine Aufgabe hoher Bedeutung, sie erzieht zur gegenseitigen Hilfsbereitschaft, die stark in den Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften zur Geltung kommt. Aber wir bleiben nicht stehen bei der Lösung der Aufgaben, die aus eigener Kraft die Organisation schuf, sondern wir forderten vom Staat, daß er den Arbeiter als den wirtschaftlich Schwächeren schützt gegen die Ausbeutung kapitalistischer Streber, daß er den Arbeiterschutz und das Arbeiterrecht so gestaltet, daß der Arbeiter als gleichberechtigter Staatsbürger im Wirtschaftsgetriebe anerkannt wird. In der sozialen Fürsorge fordern wir, daß der Staat, nicht, wie es heute geschieht, rückwärts revidiert, sondern, wie die Not es fordert, hilfreich den Lohn- und Gehaltsempfängern zur Seite steht.

In dieser Verbindung zeigt sich nun, daß wir von den gewerkschaftlichen Aufgaben in die Politik geraten, denn sobald ich bestrebe bin, vom Staat die Erfüllung der hier gestellten Aufgaben zu verlangen, muß ich auf die politische Vertretung, auf das Parlament Einfluß gewinnen. Das geschieht aber vor allem in der Form, daß ich mich einer Partei anschließe, die in diesem Sinne wirkt. Aber es stehen ja unendlich viel andere Fragen der Politik mit den Interessen der Arbeiterklasse in enger Verbindung. Um nur einige aufzuzählen. Wie stark berührt uns das Vereins- und Versammlungsrecht, wie werden die Staatsbürgerrechte eingeschränkt, durch die Verschärfung der Strafgesetze und des Gerichtsverfahrens, wie hart wird die Arbeiterklasse getroffen durch die Zollgesetzgebung und wie ungerecht behandelt in der Steuergesetzgebung.

Wo soviel auf dem Spiele steht, muß der Arbeiter auch eine politische Entscheidung bei der Reichstagswahl treffen, denn mit dem Erlahmen des politischen Einflusses der Arbeiterklasse sind auch die Gewerkschaften in ihrer Machtstellung bedroht. Eins ist von dem anderen nicht zu trennen. Wollen wir das verhindern, so werden wir jener Partei die Unterstützung zuteil werden lassen, die von ihrem ersten Auftreten an bis auf den heutigen Tag für die politische Freiheit und den sozialen Fortschritt gekämpft hat, die ihre Kräfte nur aus der Arbeiterklasse nahm, wo sie ihre treueste Gefolgschaft fand.

Deshalb gehört unsere Stimme am Tage der Wahl der Sozialdemokratischen Partei!

## Parole: Wahrheit erwache!

Deutschlands Arbeitervolk leidet fürchterliche Not. Ebenso groß ist die Not, die die Wahrheit im politischen Kampfe erleidet. Im Kampf gegen die Gewerkschaften und ihre politische Sachwalterin, die Sozialdemokratie, ist die Lüge die gebräuchlichste Waffe geworden. Die KPD. erbrachte den klassischen Beweis, wie unendlich viel Unwahrheit dem Proleten geboten werden kann. Hitler begriff diese Lehre und steigerte sie zu einem System. Er staunte, wie wenig eigentlich den Marxgegnern bekannt ist, daß die Massen beschwindelt werden müßten, um Erfolge zu haben. Es läßt sich nicht bestreiten, daß Hitler mit dem von der KPD. übernommenen Lügen-System Erfolge erzielte. Seitdem benutzt die politische, soziale und religiöse Reaktion die Lüge ebenfalls äußerst meisterhaft. Und das ist das Betrüblichste unserer Zeit, je maßvoller und großschlächziger eine Lüge ist, um so leichter findet sie Gläubige.

Ueber den Marxismus ist Phantastisches zusammengeschwindelt worden. Für den Arbeiteranhang stellen die Nazis ihn so dar: der Marxismus hat den Industriearbeitern an Stelle einer für den Daseinskampf geeigneten und der Würde der Menschheit entsprechenden Weltanschauung eine satte Glückseligkeitsmoral gegeben. Diese hat den Arbeiter national unwürdig gemacht und jede Aussicht für den Sozialismus zerstört. Für die besitzende Klasse halten sie eine andere Lesart bereit: in 13jähriger Mißwirtschaft hat der Marxismus Produktion, Handel, Volks- und Weltwirtschaft völlig zerstört. Am Niedergang der Wirtschaft und am Volkseind sind die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten schuld, denn sie haben durch ihre marxistischen Ideen die Arbeiter unzufrieden und begehrt gemacht. Aus KPD.-Munde formt sich die Synthese, und damit wird der Gipfel der Unwahrheit erklimmt: die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben den Marxismus verraten. Sie haben den kapitalistischen Staat nicht mit Waffengewalt zertrümmert, sondern den todkranken Kapitalismus wieder zum Leben erweckt. Aus den Trümmern der kapitalistischen Gesellschaft hätte — wie Phönix aus der Asche — der sozialistische Staat aufsteigen müssen. Der Lehrjahre von Marx: „Auf den Fundamenten des Kapitalismus und einer vollkommenen Produktion den Sozialismus aufzubauen“, der auch in Sowjetrußland zur Anwendung kommt, wird im Konkurrenzkampf gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie geflissentlich außer acht gelassen. Das ist notwendig, um den Arbeitern vorliegen zu können, daß die marxverräterischen Gewerkschaften den großen revolutionären Massenwillen gelähmt und die Arbeiter um Reichtum und Zufriedenheit betrogen hätten.

Sozialer Wirrsal um die einfache Wahrheit, daß der Marxismus die Massenbewegung ist, die der Arbeiterklasse in der Gegenwart bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, ein freies Arbeitsrecht und vollkommenen Arbeiterschutz erringen will. Darüber hinaus aber große Ideale, Menschheits- und Kulturziele aufstellt, die einmal im Reich der Gerechtigkeit, Freiheit und Wahrheit, im Sozialismus, ihre Erfüllung finden werden. Für dieses Ziel müssen die Arbeiter als organisierte Klasse kämpfen.

Die Wahrheit kommt zum Durchbruch. Wir rufen alle, die den für gestörte Menschen selbstverständlichen Grundsatz zur Richtschnur ihres Handelns wählen, daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegeneinander Gültigkeit haben. Für diesen Marxismus kämpft die Sozialdemokratie! Darum geben wir ihr am 6. November unsere Stimme unter der Parole: Wahrheit erwache!

## Unsere Begrüßung

Der große Kriegerirrtum hat das Leid vervielfältigt, das schon vor dem viel zu schwer auf dem Leben der Menschen lag. Die Folge ist, daß die wunderbarsten Gedanken in die Massen gestreut werden können und hier vielfach verzweifelt aufgegriffen werden. Es ist das Halbes nach dem rettenden Strohalm, den der Ertrinkende zu erkennen glaubt. Nie war die Welt von größerem Irrtum erfüllt als gegenwärtig. Die Folgerichtigkeit des Denkens ist nur zu oft schwächer als das Gewalttätige, das im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben daherkraut.

In all dem oft so außerordentlich wunderlichen In-die-Irregehen der Menschen unserer Zeit liegt immerhin noch so etwas wie Hoffen und Glauben: „Es muß doch noch irgendwie eine Besserung, eine Umgestaltung des Lebens geben, eine Wendung der Not.“ Zu dieser will man die letzten Willenskräfte einsetzen, die Hoffen und Vertrauen hervorbringen. Gut, daß es noch wenigstens Menschen gibt, die hoffen und vertrauen, mögen sie auch Falsches erhoffen und Unwürdigen vertrauen. Schlimmer ist es, wenn der Verzweiflungsruf ausgestoßen wird: „Es ist alles sinnlos und zwecklos, es wird nicht besser, wir haben endlich aufgehört zu hoffen. Aber diese Menschen irren sich wieder in anderer Weise: sie hoffen doch im tiefsten Kerne ihres Wesens. Hoffen und glauben ist Lebensnotwendigkeit, ist Ausdruck des naturverbundenen, unvernichbaren Lebenswillens.

Sollte nicht gerade das, was so oft als Sinnlosigkeit und Unbegreiflichkeit des Gegenwartslebens erscheint, einen tieferen Sinn haben als das, was so gemeinhin die ruhiger dahinfließenden Zeiten bringen? Mag auch diese „Sinnlosigkeit“ oft in neue Sinnlosigkeiten und Verfehrtheiten hineindrängen, sie klärt doch auch über viele große Fehler und Irrtümer auf. Es wird nur in solchen Zeiten an alte „Wahrheiten“ gerührt, die unangreifbar scheinen. Der Zweifel steigt hoch und mit dem Zweifel der Drang zum Nachprüfen dessen, was sich die Menschheit schuf: Ist es denn wirklich so notwendig, so fehlerfrei, so segensreich, so fruchtbar und wahr als geglaubt wird?

Wenn das Leben den Menschen nicht so hart anfaßt, wie in Zeiten, in denen vieles zusammenbricht, dann wird nur zu gerne „blind“ geglaubt, gehofft und vertraut. So war es weitgehend in Deutschland vor dem Kriege. Es wurde vieles über Gebühr gelobt, ohne daß man es genau untersuchte. Groß war allgemein die Unkenntnis über allerwichtigste Dinge des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens des eigenen Volkes, von anderen Völkern gar nicht zu reden. Wie heute der Wahn des Nazismus mit all seinen tiefen Ungereimtheiten und Unwahrhaftigkeiten durch das Volk zieht, so vor dem Kriege eine ähnliche Wirklichkeitsfremde, selbstüberhebliche Ideenrichtung. Es ist immer noch die alte Krankheitswurzel aus der heute die Braunjaden hervorgehen. Ehemals waren es die Blaujaden. Unter vielen großen Verfehrtheiten der Vorkriegszeit war der Flottenrummel die größte und verhängnisvollste. Für die hoch überpannte Flottenidee wurden im ganzen Lande unter Männern und Frauen Vereine ins Leben gerufen. Das war damals die große allgemeine Blindheit des Vertrauens, und heute ist es wieder ganz ähnlich so.

Also sind Millionen von deutschen Menschen noch nicht sehend geworden trotz der großen Not, die aus dem Weltkrieg hervorging. Und dennoch soll man nichts gegen den Naturdrang des menschlichen Wesens sagen, der uns hoffen, glauben, vertrauen heißt. Aber wir dürfen nicht bequem und lässig „blind“ vertrauen. Jeder soll Verantwortung fühlen und pflichtbewußt handeln. Das Selbstgefühl muß zu starken versucht werden. Jeder muß selbst der Gestalter seines Lebens und der Mitgestalter des Volkslebens werden wollen. Der Sinn des Lebens liegt ja gerade darin, im einzelnen und im ganzen mitzuwirken an einer menschlichen Lebensgestaltung, die trotz allem fest und zielsicher im Dienste des Fortschrittsgedankens steht. Dieser Fortschrittsgedanke ist wahr und zuverlässig. Er ist Notwendigkeit und Inhalt des Lebens. Er hauptsächlich gibt dem Hoffen und Vertrauen, dem Wollen und Tun Sinn. Das Leben ist ganz und gar nicht sinnlos und auch ganz und gar nicht ohne Hoffnung. Es geht wohl immer wieder durch Niederungen, aber es geht trotzdem im ganzen gesehen aufwärts und vorwärts, auch heute. Wenn man das klarer sehen will, braucht man nur ein größeres Zeitmaß an die Dinge zu legen, die hinter uns liegen.

Wir Gewerkschafter wissen heute zweifelsfrei als es jemals möglich gewesen ist, daß unser Wollen und Tun richtiger war als das uns feindlich gegenüberstehende Wollen und Tun der anderen. Und deshalb haben wir keine Veranlassung, unsere Begrüßung zu ändern. Wir fragen: Wie wäre wohl der Lauf der Entwicklung unseres Volkes und der anderen Völker gewesen, die ähnliche Lebensbedingungen haben, wenn die Ideen der Freiheit, der Gerechtigkeit, der sozialen Verbundenheit und des kulturellen Zusammenhangs vor dem Kriege bereits stärker gewesen wären als die Ideen, die knechten, herrschen, ausbeuten und bald bewußt, bald gewohnheitsmäßig Unrecht wollen? Gewiß, man sprach vor dem Kriege viel von sozialen und kulturellen Aufgaben und tut es heute noch; aber anders sehen und empfinden die Gewerkschafter diese Aufgaben, anders die Vertreter von Besitz, Macht und Bildung. Ja, auch „Bildung“, sie nennen sich wenigstens „gebildet“ und die Hüter der „Kultur“. Wir freilich denken darüber unsere eigenen Gedanken, und die erkennen ein vielfach wesentlich anderes Bildungsideal der Zukunft. Unser Freiheits-, Rechts- und Kulturideal ist unbelastet mit schweren Fehlern und Verfehrungen der Vergangenheit. Es ist lebensjünger, lebenswahrer, lebensfrüher, gesünder. Das ist unser unvernichbarer Glaube, der uns kampfstark macht für die nicht leichten Aufgaben, die die Zukunft zu erfüllen gebietet. Die vorwärts und aufwärts wollen und ehrlich guten Willens sind, werden doch schließlich siegen über die, die die Dinge entstellen und verzerren und im geheimen Klasseninteressen und Standesvorrechte verzerren. Nur da ist echte Liebe zur Wahrheit, wo man furchtlos und gründlich in alle alten Verwirrungen und Heimlichkeiten, in alle verborgenen Winkel und Verstecke mit üblem Modergeruch hineinzu-leuchten mag. Wir tun es, so lange wir uns organisiert haben und so der Macht Macht entgegensehen können. Ohne durch Einigkeit und Zusammenhalt gebildete Macht ist nämlich nicht daran zu denken, einmal die gegnerischen Bestrebungen daraufhin zu durchleuchten, was denn nun Wort und Schall und was wahrhaftiges Wollen ist.

## Verständnis für die Jugend

Junge Menschen sind überheblich! Das stellt — gestehen wir es ehrlich ein — jede alte Generation fest. Jede Generation wird aber noch hinzu, daß gerade die jegige Jugend besonders zur Ueberheblichkeit neige, daß sie Ehrfurcht vor dem Alter nicht kenne, sich den Erfahrungen gereifer Menschen verschließe, auf Geleitetes mit Verachtung blicke, nur sich in den Vordergrund rücke und allein die Welt aus den Angeln heben wolle. Mancher sieht das, denkt an seine Jugend, lächelt verständnisvoll und vertraut auf die Zeit und das Leben, die dieser Jugend den Stempel aufdrücken werden. Manches einer wird aber verbißten, weil er sich zurückgedrängt fühlt, sich ungerecht beurteilt glaubt, und weil er — fälschlicherweise — annahm, es sei möglich, gemachte Lebenserfahrungen an junge Menschen wie Bücherwissen weiterzugeben.

Auch die heutige Jugend wird mit scheelen Augen angesehen. Sie steht im Geruch, radikal zu sein, kritisch zu urteilen und hemmungslose Forderungen zu erheben. Zu einem Teil stimmt das, zu einem anderen nicht. Arbeitslose, nichtorganisierte Jugend ist radikal, kritisch und hemmungslos, denn ihr fehlt der Maßstab für die Leistung. Würde sie im Betrieb stehen und täglich die Ueberlegenheit erfahrener Berufsarbeiter in der Arbeit spüren, so wäre sie schnell kurierter. Würde sie in gewerkschaftlichen Organisationen sein und gewerkschaftliche Kleinarbeit kennen, so stellte sich auch in dieser Richtung bald ein Anerkennen der Leistung ein. Bei in Arbeit stehender, gewerkschaftlich organisierter und in Jugendabteilungen geschulter Jugend sind Radikalismus, Kritik und Hemmungslosigkeit zwar auch zu finden. Sie bewegen sich aber in Bahnen, die keineswegs ungewöhnlich sind, wenn man das Alter dieser Generation und die Krisenzeit berücksichtigt.

Was ergibt sich aus dem Gesagten? Wir müssen für die junge Generation Verständnis aufbringen. Es ist kein Vorzug und kein Fehler, jung zu sein. Es ist kein Jammer, in jungen Jahren noch nicht mit der Geruhigkeit des Alters ausgerüstet zu den Tagesereignissen Stellung zu nehmen. Es ist auch keine schauerliche Angelegenheit, wenn in organisatorischen Dingen Meinungsverschiedenheiten zwischen jung und alt bestehen. Harmonisieren denn die Eltern immer mit ihren heranwachsenden Jüngens und Mädels? Gewiß nicht! Und darum steht nicht grau in grau, wenn das Jungvolk etwas fürwichtig zu sein scheint. Helft vielmehr, es trotz der Krise und der Arbeitslosigkeit in die gewerkschaftlichen Organisationen und in die Jugendabteilungen zu bringen, damit die heute in den Betrieben ausfallende Erziehungsarbeit zum Gewerkschafter durch Bilden und Formen der jungen Kämpfer in den Jugendabteilungen vorgenommen werden kann.

Habt Verständnis für die Jugend! Seid Helfer und Berater! Glaubt nicht, sie betreuen zu müssen! Die Jugend braucht nicht Beschützer, die alles Geröll des Lebensweges beiseite räumen. Sie braucht Kameraden, die aufrecht und geradlinig sind, die vorbildlich als Gewerkschafter wirken, die Sozialisten sind. Werbt unter dem unorganisierten Jungvolk für die gewerkschaftliche Organisation! Werbt für den Besuch der Jugendveranstaltungen!



Stilleben 1932

Durchlöchernte Schuhe, zu keinem Pfeifchen mit Wald-und-Wiese-Tabak reicht es; denn die schmalen Unterstützungssätze fielen bei einem Teil der Arbeitslosen ganz weg, den ändern wurde sie rücksichtslos gekürzt.

Kollegen, denkt daran am 6. November 1932!

## Die Fortführung der Jugendarbeit

Allseitig wird in den Gewerkschaften mit Mißbehagen die verhältnismäßig geringe Beteiligung der jungen Generation an gewerkschaftlichen Veranstaltungen vermerkt. Die den Jugendabteilungen entwachsenden Kollegen scheinen zum größten Teil nicht nötig zu haben, sich um gewerkschaftliche Angelegenheiten zu kümmern. Besonders deutlich wird das, wenn die Altersgliederung der Gewerkschaften betrachtet wird. Die Bekleidungsarbeiter zählten zwei Fünftel ihrer Mitglieder im Alter bis zu 25 Jahren, die Textilarbeiter ein Drittel, der Bauergewerksbund zählt gleichfalls ein Drittel der Gesamtmitgliedschaft als unter 25 Jahren befindlich. Im Verhältnis zu ihrer Zahl sind die jungen Kollegen nur gering an Veranstaltungen und Funktionen ihrer Gewerkschaften beteiligt.

Welches sind die Gründe für eine geringe Beteiligung dieser Altersschicht? Hat erstens gewerkschaftliche Arbeit keinen Reiz für junge Menschen? Sind zweitens gewerkschaftliche Ziele nicht einbringlich genug, um sich für sie einzusetzen? Hat drittens die Krise mit ihren Auswirkungen die junge Generation in ihrer Haltung zur Gewerkschaft beeinflusst?

1. In einer politisch bewegten Zeit und in der Wirtschaftskrise erscheint gewerkschaftliche Tätigkeit trocken und ohne stark fühlbare Auswirkung. Politische Demonstrationen wirken mit ihrem Drum und Dran dagegen einbringlich und politische Reden scheinen in ihrem Inhalt erst recht wahre Aktivität anzudeuten. Es waren nicht nur junge Menschen, die sich von den politischen Wellen der vergangenen Jahre forttragen ließen, aber es waren viele junge Menschen und auch viele Gewerkschafter dabei, die sonst entsprechend ihrer Veranlagung „trockene“ Gewerkschaftsarbeit leisten würden. Sie stehen heute in der politischen Front.

2. Das Ziel gewerkschaftlicher Tätigkeit ist jetzt für die Öffentlichkeit nicht eindeutig umrissen. Zwar besteht es nach wie vor für alle in dem Grundsatz: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Form aber, in der solche Verbesserungen geschehen, gibt — allgemein gesehen — zu Mißverständnissen Anlaß. Gemeinhin mißt man den Erfolg gewerkschaftlicher Tätigkeit an Tarifverträgen. Was geht heute an ihnen zu messen? Sie sichern zwar der organisierten Arbeiterschaft Rechte. Werden jedoch die Reihenfolgen, die im Abschluß der Tarifverträge auch heute noch liegen, gewertet? Denkt man nicht und muß man nicht auch an neue Wege zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen denken? Die junge Generation denkt recht stark daran. Sie glaubt, es müsse sich ein weiterer Weg finden lassen, der die Lage im Augenblick verbessern hilft und der auch zukunftsweisend zur sozialistischen Wirtschaftsordnung ist. Sie erwartet, diesen Weg gezeigt zu bekommen. Die Betrüßungen auf das Dritte Reich helfen nicht. Auch die Kommunisten wiesen den Weg nicht. Die Gewerkschaften werden ihn weisen müssen.

## Das Kurpfuschertum der Nazis

Man glaube nicht, daß es nur ein Kurpfuschertum auf medizinischem Gebiet gäbe. Es ist ebenso stark auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu Hause. Die Fachliteratur versteht unter „Kurpfuschern“ solche Personen, die kurieren, ohne dazu wissenschaftlich vorgebildet zu sein. Soweit die ärztliche Wissenschaft zurückreicht, solange gibt es auch Kurpfuscherei. Wir kennen sie auch unter anderen schönen Namen: Quacksalber, Ackerärzte, Winkel- und Kälberärzte, Pfuscher, Scharlatane und Pseudomedici. Die Blütezeit der „fahrenden“ Quacksalber beginnt nach dem 30jährigen Kriege, also auch einer Notzeit, vergleichbar der unsrigen. Sie rannten das Land auf und ab, und verkündeten mit lauter Stimme ihre Wundermittel. Das Gewerbe war oft sehr einträglich, ja viele erwarben große Reichtümer damit. 1619 berichtet Thomas Garzoni über sie folgendes:

„Sie sind allgemach in einen solchen Credit und Ansehen gekommen, daß, wann sie sich hören lassen, sie einen größeren Zulauf

## Gewerkschaftliche Jugendwerbung!

Trotz Krise und Wahlkampf wirkt die Gewerkschaftsjugend. Die Stofkraft der Gewerkschaften muß verstärkt werden. Neue Mittkämpfer sind unter dem Jungvolk zu gewinnen. Hierbei hat jeder Gewerkschaftskollege zu helfen. Seine Pflicht ist, die ihm bekannten jungen Arbeitskollegen ihrer Gewerkschaft zuzuführen. Jeder sei Werber. Hilf auch du! Ueberall muß es selbstverständlich sein, daß Lehrlinge und jugendliche Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind.

bekommen, als der beste Doctor in freyen Künsten, ja der beste Prediger, der jemals eine Cangel betreten hatte. Sintemal das gemeine Volk denselbigen Hauffenweise zulauft, sperren Maul und Nase auff, höret ihnen einen ganzen Tag zu... Und befindet sich auch, daß sich die Leute gleichsam wie ein Unkraut über ein Acker über alle Mäßen haben gemehret, und sollte man wol keinem Wochen- oder Jahrmarkt, beydes in Stätten und Dörffern, halten, da sich derselben nit ettliche finden ließen, welche alle mit verschiedlichen Listen, Betrug und Praktiken den gemeinen Hauffen an sich hangen und ihm das Geld auß die Beutel schwehen, beydes mit ihrem listigen und lustigen Reden und auch mit ihrem wunderbaren Proben, welche sie allda offentlich auff dem Markt mit Verkürzung aller derer, so ihnen zu sehen.“ (Zit. bei S. Graaß, Art. Kurpfuscherei im Handwörterbuch Staatw. 4. Auflage, Jena 1925, 6. Band.)

Ein solches Kurpfuschertum stellt der sogenannte Nationalsozialismus auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete dar. Es sind dieselben Scharlatane, die im Mittelalter von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt liefen und den Leuten ihre wertvollen Mixturen für schweres Geld aufschwachten. Sie sind auf modern aufgebügelt und machen sich die neuesten Reklamemethoden zunutze.

Lieber Leser! Kann man sich von den Kapitalisten aushalten lassen und sie zugleich bekämpfen? Kann man das arbeitslose Einkommen abschaffen wollen und dabei das Privateigentum an Fabriken und Banken verteidigen? Kann man das? — Nein, man kann es nicht! Man kann sich auch nicht „Arbeiterpartei“ nennen und dabei die leitenden Stellen an pensionierte Generale, Abgeordnetenstühle an adlige Gutsbesitzer und Fabrikanten geben. — Man kann keine nationalsozialistischen „Gewerkschaften“ bilden und zugleich bei den Unternehmern um Beiträge und um vorzugsweise Einstellung ihrer „Gewerkschaftsmitglieder“ betteln, mit dem Hinweis, daß der Nazimann an Fügsamkeit nicht übertroffen werden kann. Oder doch, man kann es, — aber dann lügt man, wenn man behauptet, man wolle den Arbeiter vom Kapitalismus befreien.

Kurpfuscherei damals und heute; Scharlatane, Quacksalber und Nazis — das ist alles dasselbe! Gebt ihnen am 6. November einen Tritt und wählt Liste 2!

# Werben!

Kollege, einmal Werber sein!  
Einmal etwas vollbringen,  
um einen Menschen ringen!  
Mit der ganzen Kraft deiner innersten Ueberzeugung  
ihn entziehen der Lausheit und Müdigkeit!

Einmal zur rechten Zeit  
Einmal die Idee  
von Mensch zu Mensch tragen!  
Einmal heraus aus den Reihen der Masse treten,  
einen Einzelgang zu bestehen  
und siegreich daraus hervorzugehen!  
Mein Mut, Wille und Weg finden, allein!  
Kollege, einmal Werber sein!

Tutt, ein Wirker.

## Einnahmen und Ausgaben des Steinarbeiterverbandes in den Krisenjahren 1929-1931

Neben der Mitgliederbewegung spiegeln Einnahmen und Ausgaben des Verbandes den Verlauf der Krise am besten wider.

Es wurden vereinnahmt		
Im Jahre	für Vollbeiträge RM	für Erwerbslosenmarken RM
1929	2 115 752,50	81 624,50
1930	1 449 501,40	128 939,20
1931	705 061,90	112 257,20

Für Vollbeiträge ging im Jahre 1931 also nur  $\frac{1}{3}$  des Betrages von 1929 ein. (Diese ungünstige Entwicklung setzte sich in katastrophaler Weise fort. Im 1. Halbjahr 1932 wurden nur noch 114 437,30 RM. an Vollbeiträgen eingenommen.)

Der Markenumsatz betrug			
Im Jahre	an Vollbeiträgen Stück	durchschn. Beitragshöhe RM	an Erwerbslosenmarken Stück
1929	2 424 635	0,87	816 245
1930	1 641 133	0,88	1 289 342
1931	826 527	0,85	1 122 572

Der Beitrag ist also im Jahre 1931 auch in seiner relativen Höhe gegen das Vorjahr um 3,4 Prozent gesunken. Das macht sich auch in der Verschiebung des Anteils an den verschiedenen Beitragshöhen geltend.

Von 100 umgesetzten Marken			
entfallen auf die Beitragshöhe	1929	1930	1931
20 bis 60 Pfennig	38,13	37,39	40,03
70 " 90 "	25,73	25,76	25,39
100 " 150 "	29,29	28,50	27,71
über 150 "	6,85	8,35	6,87

Unter Zugrundelegung des Markenumsatzes würden sich an Vollmitgliedern mit 52 entrichteten Beiträgen (volle und erwerbslose) ergeben:

1929: 62 325, 1930: 56 355, 1931: 37 483,

während nach den Stellenberichten Ende 1931 noch 44 402 Mitglieder vorhanden waren. Es waren also eine ganz erhebliche Anzahl von Mitgliedern mit mehr oder weniger hohen Beitragsresten zu verzeichnen, die ein weiteres Absinken der Mitgliederzahl in der folgenden Zeit bei einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse schon erwarten ließen.

Gauweise geordnet ergibt der Markenumsatz im Jahre 1931 folgendes Bild:

Gau	Mitgliederzahl am Jahresabschluss	Umsatz an Vollbeiträgen	Ergibt pro Kopf	Umsatz an Erwerbslosenmarken	Ergibt pro Kopf	Voll- und Erwerbslosenbeiträge zusammen	Beitrag Restwochen
1	3 786	70 489	18,6	112 267	29,7	48,3	3,7
2	8 498	147 696	17,4	199 098	23,4	40,8	11,2
3	8 392	143 533	17,1	172 845	20,6	37,7	14,3
4	3 611	66 319	18,4	105 081	29,1	47,5	4,5
5	2 309	30 305	13,1	74 937	32,5	45,6	6,4
6	1 892	46 478	24,6	50 262	26,6	51,2	0,8
7	3 221	79 375	24,6	72 623	22,5	47,1	4,9
8	2 942	50 294	17,1	80 396	27,3	44,4	7,6
9	2 838	50 548	17,8	74 244	26,2	43,0	9,0
10	2 591	53 082	20,5	69 425	26,8	47,3	4,7
11	4 259	87 677	20,6	109 362	25,7	46,3	5,7
Σ 3.	63	731	11,6	2 032	32,3	43,9	8,1
	44 402	826 567	18,6	1 122 572	25,3	43,9	8,1

Bei Zugrundelegung der durchschnittlichen Mitgliederzahl im Jahre 1931 (51 156) ergeben sich am Jahresabschluss sogar

## 13,9 Restwochen pro Mitglied, statt 8,1 bei Zugrundelegung der Mitgliederzahl am Jahresabschluss.

Der große Beitragsrückstand ist nur zu verstehen, wenn man sich immer wieder die geringe Beschäftigungsmöglichkeit vergegenwärtigt, die in den hohen Arbeitslosenziffern zum Ausdruck kommt. Sie seien deshalb auch hier wieder vermerkt.

Im Jahre 1931 waren von 100 Mitgliedern arbeitslos:		
im Januar 76,6	im Mai 51,1	im September 63,4
im Februar 75,2	im Juni 51,3	im Oktober 68,4
im März 67,1	im Juli 55,1	im November 77,9
im April 57,8	im August 60,6	im Dezember 88,2

Die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt betrug 66,5 Prozent. Sehr viele Kollegen werden ihre Beitragszahlung in der guten Absicht eingestellt haben, ihre Karte zu begleichen, sobald sie wieder in Beschäftigung sind. Soweit die Not hierzu beitrug, mag das auch gelten, obgleich der Verband bei regelmäßiger Beitragszahlung das Beitragswesen auch auf Notzeiten abgestellt hat. Seit dem 1. Oktober 1931 können unter den bekanntgemachten Voraussetzungen beitragsfreie Marken verwendet werden, so daß also die Beitragshöhe als Hinderungsgrund für die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft selbst unter den ärmlichsten Verhältnissen nicht angeführt werden kann.

Von großem Interesse ist auch, welche Verbandsgebiete am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden, was ja im Beitragswesen auch zum Ausdruck kommt, soweit nicht etwa Mißbrauch mit Erwerbslosen- und beitragsfreien Marken getrieben wurde:

Von 100 umgesetzten Marken waren Vollbeiträge:					
Gau	1929 %	Gau	1930 %	Gau	1931 %
7. Wunsiedel ..	80,5	7. Wunsiedel ..	69,9	7. Wunsiedel ..	52,2
2. Pommern ..	79,0	6. Karlsruhe ..	65,4	6. Karlsruhe ..	48,0
3. Dresden ..	76,9	11. Hamburg ..	62,3	3. Dresden ..	45,5
9. Frankf. a. M.	76,4	10. Hannover ..	58,8	11. Hamburg ..	44,2
6. Karlsruhe ..	75,2	3. Dresden ..	58,0	10. Hannover ..	43,3
4. Halle* ..	74,2	9. Frankf. a. M.	56,3	2. Pommern ..	42,6
11. Hamburg ..	71,7	1. Berlin ..	53,1	9. Frankf. a. M.	40,5
8. Würzburg ..	71,6	4. Halle ..	53,1	4. Halle ..	38,7
1. Berlin ..	67,2	8. Würzburg ..	52,7	8. Würzburg ..	38,5
5. Köln ..	66,9	2. Pommern ..	48,3	1. Berlin ..	38,6
		5. Köln ..	44,5	5. Köln ..	28,8

Die unterschiedliche Beitragsleistung in den Gauen findet ihre teilweise Rechtfertigung in den Arbeitslosenziffern des Verbandes der Landesarbeitsamtsbezirke. Im Jahre 1931 betrug die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt im Landesarbeitsamtsbezirk:

Westfalen ..	76,0 Prozent	Sachsen ..	67,1 Prozent
Rheinland ..	74,6	Hessen ..	64,0
Pommern ..	70,9	Niederrhein ..	61,4
Schlesien ..	70,4	Bayern ..	61,0
Ostpreußen ..	69,5	Südwestdeutschland	60,3
Brandenburg ..	68,8	Nordmark ..	59,9
Mitteldeutschland	68,0	im Reich ..	66,5 Prozent

Um die Wandlungen der Zeit recht auffällig in Erscheinung treten zu lassen, beginnen wir unsere Vergleiche in Einnahme und Ausgabe mit dem Jahre des finanziellen Höchststandes 1928.

	1928 RM	1929 RM	1930 RM	1931 RM
Einnahme .....	2 621 927	2 378 528	1 971 674	1 230 938
Ausgabe .....	2 387 848	1 724 335	1 841 518	1 714 708
Davon				
Streit- und Gemeinregelungs-Unterstützung	1 050 789	147 620	140 177	123 523
sonstige Unterstützung pro Mitglied	609 998	756 039	858 513	822 056
Streit- und Gemeinregelungs-Unterstützung	15,43	2,10	2,24	2,41
sonstige Unterstützung	8,96	10,75	13,72	16,07

Die Einnahme von 1931 liegt 53,6 Prozent niedriger als die Einnahme von 1928, die Ausgabe von 1931 liegt dagegen nur 28,2 Prozent niedriger als die Ausgabe von 1928. Im Jahre 1931 überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um 483 770 Mark = 39,3 Prozent.

Abgesehen von den hohen Ausgaben für Streitunterstützung im Jahre 1928, die auf den Streit im schlesischen Granitbezirk zurückzuführen waren, haben die Ausgaben für sämtliche Unterstützungen im Laufe der vier Jahre eine ständige relative Steigerung erfahren. Ganz besonders trifft dies auf die sogenannten sozialen Unterstützungen zu, deren Ausgabe pro Mitglied sich von 1928 bis 1931 um 79,3 Prozent erhöht hat.

Beringerte Einnahmen und gesteigerte Ausgaben, das ist also das Ergebnis der finanziellen Entwicklung der Krisenjahre. Zu dem gleichen Ergebnis werden auch alle Zahlstellen mit ihren örtlichen Verbandsfinanzen gekommen sein. Ist hieraus aber auch überall von allen Verbandsmitgliedern der richtige Schluß gezogen? Der unbefriedigende Verlauf der Mitgliederbewegung läßt diese Frage verneinen. Noch gibt es viele in Arbeit stehende Kollegen, die ihren Organisationspflichten nicht nachkommen, denen neben der weiteren Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse das Wohl der arbeitslosen, kranken und invaliden Kollegen anscheinend völlig gleichgültig ist, obgleich sie selbst früher oder später zu diesen unterstützungsbedürftigen Kollegen gehören werden. Aber auch unter den arbeitslosen Kollegen gibt es viele, die sich ihre vor dem Erlöschen stehende Mitgliedschaft durch nachträgliche Stundung ihrer restierenden Beiträge erhalten können, vorausgesetzt, daß sie den ersten Willen haben, ihre restierenden Beiträge zu begleichen, sobald ihnen Arbeit und Verdienst dies ermöglicht. Wie der Verband selbst in den schwersten Zeiten seine Mitglieder nach Kräften betreut, so müssen auch die Kollegen in schlechten wie in guten Zeiten zum Verbands halten und um seine ständige Stärkung und Ausbreitung bemüht sein. Nur die organisierte Selbsthilfe vermag der Arbeiterklasse den Schutz zu gewähren, den die gegenwärtigen staatlichen Machthaber ihr in dem ungleichen Kampf zwischen Kapital und Arbeit nicht nur vorenthalten, sondern sogar der andern Seite zukommen lassen.

Jedes neue Mitglied ein neuer Kämpfer, jeder Beitrag neue Munition im Kampfe um die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Freiheit, um den Wiederaufstieg der Arbeiterklasse. E. W.

Streik. Im Strehleiner Bezirk liegen bekanntlich ausgebreitete Granitsteinbrüche, die von den „Bereinigten Schlesischen Granitwerken“ bewirtschaftet werden und ein hervorragendes Zeitempfehlen. In diesen Brüchen wurden in den Jahren 1925 bis 1929 ca. 2000 Steinarbeiter beschäftigt. Deren Organisationsverhältnisse waren als gute anzupreisen. Die Lohnverhältnisse konnten nicht als die schlechtesten bezeichnet werden, wenn auch der Zeitlohn seinerzeit mit zu den schlechtesten Steinarbeiter-Zeitlöhnen in Deutschland zu zählen war. Anders wurden die Verhältnisse, als sich in der Strehleiner Steinarbeiter-Gewerkschaft der Spaltzug einnistete. Die Ueberrationalen wollten die Arbeiterklasse glauben machen, daß die freien Gewerkschaften nicht mehr aktiv genug seien und der Steinarbeiterverband nicht mehr genügend die Kollegen vertreten. Es mußten seinerzeit etwa 10 Stänker ausgeschlossen werden. Diese versuchten nun, die Strehleiner Steinarbeiter besseren Zeiten entgegenzuführen. Bei allen sich bietenden Gelegenheiten wurden den Kollegen die hohen Gehälter der Angestellten vorgehalten mit dem Ziele, von der Leistung von Verbandsbeiträgen abzuhalten.

Dann kam der Niedergang in der Steinindustrie; die Belegschaftsziffern wurden gewaltig reduziert, eine Stilllegungsanzeige jagte die andere. Die Anforderungen an die Arbeitsqualität wurden immer größer, was natürlich zur Folge hatte, daß auch die erzielten Löhne außerordentlich herunterfielen. Die im Tarifvertrag angegebenen Steinmaße wurden fast bei jeder Bestellung geändert und nun wurde auch versucht, neue Vereinbarungen zu treffen, immer mit dem Ziele einer Reduzierung. Die Strohkraft der Kollegen wurde durch die Quertreiberei sehr gemindert worden, dadurch hatte das Unternehmertum freies Verfügungsrecht. Die lange Arbeitslosigkeit trug ihr Nichtiges dazu bei, daß ein großer Teil der Kollegen nicht mehr den richtigen Mut aufbrachte, sich gegen die Ungerechtigkeiten zu wehren.

Der nunmehr niedrige Verdienst wurde demagogischerweise immer dem Steinarbeiterverbande in die Schuhe geschoben. Jene von der KGD. mußten doch einen Sündenbock haben. Man versuchte ihrerseits in allen Betrieben kleine Streiks anzuzetteln, die immer mit einer Niederlage für die Beteiligten endeten. Trotzdem wird aber auch jede Gelegenheit beim Schopfe gefaßt, um sich neue Niederlagen zu holen, die dann in der sog. schlesischen Arbeiterzeitung als große Siege behandelt werden. Der Dementlichheit wird bombastisch erzählt, was da alles erreicht wurde; aber wenn die Sache näher beesehen wird, ist der Zustand noch schlechter als vorher. Die Firma verliert täglich, den Lohn immer weiter herunterzubrüden. Daß eine gepolierte Arbeiterklasse in diesen Fällen machtlos ist, das will einem Teil der Steinarbeiterklasse nicht einleuchten. Erst wenn die Strehleiner Steinarbeiter wieder einsehen, daß es nur möglich ist bei organisatorischer Geschlossenheit etwas zu erreichen, dann wird sich der Unternehmer anders einstellen. Solange aber die KGD. ihre verrückten Parolen verzapft, werden die Strehleiner Steinarbeiter nicht ernst genommen. Das ist gewiß bitter für die Lebensmöglichkeit der ausgebeuteten Arbeiterklasse, aber sie muß daraus die Lehre ziehen, daß ohne Mitgliedschaft im Zentralverband der Steinarbeiter keine energiegelbe Interessenvertretung in Berufsfragen erfolgen kann.

Geborn. Am 8. Oktober Zahlstellenversammlung, in der auch der Bezirksleiter, Kollege Horn, anwesend war. Er hielt ein heftig gefülltes Referat über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Zustände in Deutschland. Der Vortrag klang aus, den gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu fördern durch Beharrlichkeit der Mitgliedschaft. Zwei neue Mitglieder war der äußere Versammlungserfolg, der innere ist noch weit höher einzuschätzen, denn die anwesenden Mitglieder wurden zweifellos in ihrer gewerkschaftlichen Grundeinstellung sehr gestärkt. Die Zahlstellen zählt nicht zu den größten, aber sie wird keinesfalls in dieser schweren Zeit die Waffen strecken. Die Kollegen wissen auch zu schätzen, welchen Beistand sie an dem Bezirksleiter haben. Die nun folgende Vorstandswahl bestätigte den bisherigen Vorsitzenden und auch den bisherigen Kassierer. Revisoren wurden die Kollegen Reichert und Bittner. Es wurden dann noch verschiedene Anfragen erledigt. Am Schluß der Versammlung trennten sich die Kollegen mit begeistertem Freiheitsruf.

## Aus dem Wetterwinkel

In etwa einer Woche findet wieder ein Wahlakt statt, von dem sich kein Arbeitermann mit seinen Angehörigen ausschließen darf. Im Wählen haben wir in Deutschland, ganz allgemein gesehen, bereits außerordentliche Übung bekommen durch die Häufigkeit; nur im richtigen Wählen hat sich diese Häufigkeit leider noch nicht bei allen Arbeitern und anderen ausgewirkt. Deshalb auch oft die Ueberraschungen, wenn — „das Volk gesprochen hat“. Ausschlaggebend auf das Wahlresultat und damit auf die hohe und niedere Politik sind bekanntlich bedauerlicherweise immer jene Wähler, die sich nie entschließen können, vor und nach einer Wahl irgendeiner Partei als Mitglied anzugehören, aber dennoch glauben, viel, viel besser über alles unterrichtet zu sein als jene, die als rührige Mitglieder in einer politischen Verbindung wirken. Um die Gunst dieser nicht organisierten Wähler gehen immer die öffentlichen Wahlkämpfe im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden. Und da wieder ganz besonders um jene unsicheren Wähler, die durchaus keine Beharrlichkeit in ihrer politischen Handlung kennen, die dauernden Schwanken, die also mal so und dann wieder anders wählen. Solche hängen ihr Mantelchen stets nach dem Winde und landen zum Teil dort, wo die größte und frechste Schnauze sich hören läßt und die rosigsten und unerhörtesten Versprechungen gemacht werden. Alle vorhergehenden Wahlen in Deutschland haben das sehr drastisch gezeigt.

Die jetzige Regierung, die sich bekanntlich gern eine überparteiliche nennt, kann ihre Wahlhoffnungen nur auf diese politisch so unsicheren Wähler stützen, auf die politisch unreifen oder überreifen Wähler. Ueberparteilich nennt sich in Deutschland überhaupt mit Vorliebe alles, was gegen die politische und gewerkschaftlich geschulten Volksgenossen anrennt, was dagegen arbeitet und regiert, im übrigen aber nur für den eigenen Stand, für die eigene Sippe, für seine Klasse, für die eigene, engere, politische, wirtschaftliche und fromme Auffassung sich abmüht und sorgt. Ja, es ist etwas herrliches, diese sogenannten Ueberparteilichkeit. Ihr wirklicher Sinn, ihr Zweck und tatsächliches Ergebnis sieht in der Geschichte des betreffenden Volkes immer ganz anders aus. Deutschlands gegenwärtige Zustände zeigen das lebend, der hieszulande nicht mit Scheuklappen herumläuft, zeigen es vor allem auch jedem der unsicheren Wähler. Sicherlich wird von diesen mancher in letzter Zeit aufgeschreckt worden sein aus seiner Dämmerstunde. Dennoch gibts noch viel zu viel, die nie schlauer werden und es infolge

des ihnen anhaftenden Knechtsinns nicht sehen wollen, wenn ihnen andere in die Suppe spucken und ihnen von hintenherum das Brot aus der Hand geschlagen wird, um es anderen zuzuschicken. Selbst dem arbeitslosen Hering wird das Gattrecht bei den Arbeiterwählern erschwert. Die Zollpolitik der Papen-Regierung brachte das fertig.

In einer Woche etwa ist wieder Wahltag! Kein Steinklopfer, kein Kammer schließt sich davon aus, darf es auch nicht, weil jeder von ihnen weiß, daß für das Arbeitsvolk dabei viel auf dem Spiele steht, trotz allem, was ihm bereits genommen wurde. Genommen wurde mit Hilfe der Krise und mit Hilfe des Wählens durch den nationalsozialistischen Stoßtrupp. Beide — Krise und Stoßtrupp — bildeten außerdem noch das Sprungbrett für die Papen-Regierung, um in den Sattel zu gelangen. Nun reitet sie scharf und schärfer rückwärts für die Arbeiter, für das arme Volk, aber aufwärts für die wieder aus der Verlenkung auftauchenden Barone und Junker; reitet für die almodische Herrenklasse der Vorkriegszeit. Nun soll mit Hilfe wieder fest verankert werden, was schon losgerissen war aus dem morschen Fundament früherer Staats-Herrschaft. Zum Beispiel: im Verhältnis vom Herrn zum Knecht; vom gleichen angeborenen Recht zum einseitigen Recht von Menschen ausgesetzt! vom Leben zum Begütieren! vom freundlichen, gebunden Wohnen zum dumpfen Hausen; vom Sonne, Licht und Luft im Freien zum Badeschalen-Zwiel; vom richtigen Tariflohn zum Willkür- und Hungerlohn; vom demokratischen Mitreden zum Maulhalten und Kuschen, oder wie man so sagt: vom Staatsbürger zum Untertan.

Ein Wahlausgang mit Hilfe der politisch unbeharrlichen Wähler im Sinne der gegenwärtigen Papen-Regierung, wird das Ange-deutete natürlich beschleunigen, wird in der großen Entrechtung des deutschen Arbeitsvolkes den Schlüsselstein einfügen, wird also vollständig zerstören, was seit 1918 Schritt für Schritt mühsam aufgebaut wurde.

So ist die heutige Lage für den, der klar sieht. Das ist überhaupt der Kern in all dem inner- und außenpolitischen Wust, der das Arbeitsvolk jetzt heimsucht, ihre Hirne versteinert und umnebelt soll. Dieses soll bewerkstelligt werden durch dauerndes Singen des an und für sich schönen Deutschland-Liedes, durch vieles Spielen von Militärmärschen, durch fromme Gespräche und Unterhaltungen im Rundfunk, durch Subventionen an die Landwirtschaft und Industrie zum sogenannten Anurbeln der kapitalistischen Profitwirtschaft. Diesen Kern in dem ganzen Getriebe sieht leider und noch mehr leider mancher Wähler viel zu spät, andere überhaupt nicht. Die

Wähler nun lebend zu machen, ist Aufgabe jedes Verbandsmitgliedes. Will sich davon etwa jemand ausschließen? —

In etwa einer Woche findet wieder ein Wahlakt statt zum Reichsparlament, von dem sich kein Verbandsmitglied ausschließen darf. Jedes Verbandsmitglied muß mit seinen Angehörigen selbstverständlich auch richtig wählen, so wie es einem freigewerkschaftler geziemt. Denn er weiß aus der Erfahrung, daß nur der organisatorische Zusammenschluß mit dem Willen zur Macht den nötigen Einfluß schafft; Vergangenheit und Gegenwart geben gewiß genügend Belehrungen, um eine zähe, ja sture Beharrlichkeit auch bei einer Wahl innezuhalten und die Arbeiterwähler in diesem Sinne zu erziehen. Hier heißt es immer wieder, nur der Partei die Stimme geben, die dem freigewerkschaftlichen Sinnen und Trachten am allernächsten steht, die in den Hammerschäften der großen Eisernen Front leibt und lebt, die mit Vernunft, Umsicht und Takt den Gleichschritt für das gesamte deutsche Arbeitsvolk erstrebt, die durch jahrzehntelange Erfahrung und Kenntnisse politisch so geschult ist, daß alle ehrlichen Gegner Respekt, die unehrlichen Gegner sogar Angst vor ihr haben. Diese Partei kennt jeder Gewerkschaftler und gibt ihr seine Stimme.

Ein bekannter Arbeiterspruch, der auf diese Situation paßt, lautet: „Sich selbst muß man zwingen, will man dem Leben Brügnung und Richtung und Inhalt geben. Nur die Hohlheit geht lächelnd-stumm um die Klippen des Daseins herum.“ — Ja, die Hohlheit hat in den letzten Jahren in Deutschlands organisierter Arbeiterklasse Verherrungen angerichtet, hat Phantome aufgerichtet, hat manchen irre werden lassen an dem Sieg der Arbeiterklasse. Nun tanzen diese Irregewordenen gänzlich einflusslos um ihre Phantome herum, nützen dadurch nur der Reaktion, die darüber im stillen ihre Freude hat. Dem deutschen Arbeiter hilft natürlich auch keine Parole irgendeines fremden Staates, der aus politisch-egoistischem Trieb für sich solche Parolen herausgibt. Vor allem haben die Gewerkschaftler dahin zu wirken, daß bereits zur Lebenszeit des einzelnen dieses Leben erträglich ist, und wird die heranwachsende Generation auch in diesem Sinne erzogen, dann brauchen die Gewerkschaftler die Zukunft nicht zu fürchten. Der Wahlakt und den richtigen Stimmzettel abgeben, ist so eine sehr wichtige Handlung für das gegenwärtige Leben, damit es erträglich gestaltet werden kann. Diesen Wunsch und den Willen dazu hat zweifellos jedes Verbandsmitglied, hat auch dessen Frau, haben auf alle Fälle auch dessen wahlberechtigten Kinder, also — folgere weiter, Verbands-Kollege.

In etwa einer Woche ist wieder Reichstagswahl, das ist ein sehr wichtiger politischer Vorgang, der manchmal auch

# Was kostet die Krise? Denkt daran bei der Reichstagswahl!

Der seit herge Produktionsverlust in den drei Jahren ökonomischer Weltkrisen wird von Sachverständigen auf 250 bis 300 Milliarden Reichsmark geschätzt. Das ist eine trockene Ziffer, aber was bedeutet sie, gemessen an dem Reichtum der Welt?

Diese 250 bis 300 Milliarden Krisenverlust sind sechsmal mehr als die sämtlichen Goldbestände der Welt und übersteigen das Dreifache der umlaufenden Geldmittel. Der Wert der sämtlichen Eisenbahnen der Erde einschließlich allen rollenden Materials bleibt dahinter zurück. Die Verlustsumme ist größer als der zehnfache Wert der gesamten Handelsflotte der Welt, mehr als zwölffach so viel als der Gesamtwert der Post- und Telegrapheneinrichtungen, die den Erdball umspannen. Erst an diesen Vergleichen offenbart sich der grauig-grandiose Vernichtungskampf der kapitalistischen Krise gegen den Reichtum der Gesellschaft.

Wie sieht die Verlustbilanz in der deutschen Wirtschaft aus? Setzt man die industrielle Produktion vom Mai 1929 = 100, so stand sie im Mai 1932 nur noch auf 55,2, ohne daß damit schon das Ende des Schrumpfungsprozesses erreicht worden wäre. Von Monat zu Monat ging es weiter herunter bis auf 49,1 im August.

Das Institut für Konjunkturforschung, das diesen Produktionsindex zusammenstellt, gibt dazu auch eine Uebersicht in Geld gerechnet. Der Bruttowert der industriellen Produktion betrug 84 Milliarden Reichsmark im Jahre 1928 und — wenn der Rest des Jahres nicht noch eine weitere Verminderung bringt — rund 32 Milliarden im Jahre 1932. Ein Teil des Rückganges beruht allerdings auf dem Sinken der Preise; umgerechnet auf den Preisstand von 1928 würde sich „nur“ ein Verlust von 34 Milliarden Reichsmark ergeben.

Das gesamte jährliche Volkseinkommen, das ungefähr dem Nettowert der gesamtwirtschaftlichen Produktion entspricht, ist vom Konjunkturinstitut für die Zeit vor der Krise auf 76 Milliarden Reichsmark berechnet worden. Im Jahre 1932 dürfte es auf etwa 40 Milliarden Reichsmark kommen. Die höchste jährliche Reparationszahlung nach dem Dawesplan war auf 2½ Milliarden festgelegt. Der Kriegtribut, den das deutsche Volk dem kapitalistischen System entrichten muß, beläuft sich in diesem Jahre auf 14fache dieser Summe.

Das ist eine geradezu vernichtende Bilanz für den Kapitalismus. Dabei ist noch gar nicht abzusehen, wann die tiefste Sohle erreicht sein wird. Das Konjunkturinstitut ist schon befriedigt, feststellen zu können, daß wenigstens „die Wucht des Abwärtens“ sich vermindert hat, denn bis auf den Nullpunkt kann es nicht gut heruntergehen.

Bemerkenswert ist die unterschiedliche Entwicklung zwischen der Erzeugung von Produktionsmitteln und der von Konsumgütern. Vom konjunkturellen Höchststande aus gemessen, ist die erstere im Januar dieses Jahres auf 37,5 und dann bis August nur noch auf 36,8 gesunken. Die Verbrauchsgütererzeugung dagegen, die im Januar auf 68,6 stand, ist bis August noch weiter auf 63,2 herabgesunken. Das Konjunkturinstitut bemerkt dazu lakonisch: „Damit wird allmählich das Mißverhältnis überwunden, das sich vor allem im zweiten Halbjahr 1931 zwischen dem Produktionsumfang der beiden Industriezweige herausgebildet hatte. Denn ein so hoher Anteil der Verbrauchsgüter, wie er noch um die Jahreswende 1931/32 bestand, widerspricht den Erfordernissen einer hoch industrialisierten Volkswirtschaft wie der deutschen.“

## Zahlen,

### die nicht unwidersprochen bleiben können

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Steinarbeiter-Zeitung“, die Zeitschrift des christlichen Berufsverbandes deutscher Steinarbeiter, vereinigt mit dem Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, eine Entgegnung auf unsern Artikel: „Der Steinarbeiterverband im Rahmen des ADGB“ in Nr. 41 des „Steinarbeiter“, soweit das Ergebnis der Betriebsrätewahlen von 1931 in Betracht kommt. Sie (die „Steinarbeiter-Zeitung“) wundert sich darüber,

„daß der Zentralverband überhaupt zugibt, daß der Berufsverband Mitglieder hat“.

„Es wurden, um zu diesem Ergebnis zu kommen, ganz große Gebiete, in denen wir maßgebend vertreten sind, nicht mitgezählt.“

„Wir könnten bestimmt ein ähnliches Exempel von der Bedeutungslosigkeit des „Zentralverbandes“ aufmachen, wenn wir in der Hauptsache die Bezirke, in denen unser Verband vertreten ist, heranziehen und die andern weglassen. Das tun wir nicht, weil es ebenwomöglich ein ehrliches Bild über die Organisationsverhältnisse geben würde. Es ist auf alle Fälle nicht schön, um nicht schäfer zu werden, wenn man seine Mitglieder so täuscht, wie dies im „Steinarbeiter“ geschieht.“

Der böse „Steinarbeiter“ und die gute „Steinarbeiter-Zeitung“. Obgleich wir nicht ein abfälliges Wort gegen den christlichen Berufsverband in dem zur Debatte stehenden Artikel geschrieben, sondern nur unanfechtbare Zahlen reden ließen, diese

in den gleichgültigen Unorganisierten etwas wie Temperament, Bewegung und Solidarität hineinbläst, ihn Rückschau mit sich selbst halten läßt. Da ist es natürlich angebracht, dieses warme Eisen zu schmieden, solange es warm ist. In allen Verbandsstellen gibt's Kollegen, die etwas los haben, solche Eisen schnell und umschichtig gebrauchsartig zu machen für die Steinklopfer. Man hole diese Kollegen nur heran zu dieser Schmiedearbeit und lasse sie unbedenklich los auf die Engstirnigen, Schwachmütigen, Kleingläubigen und Angstmeier im beruflichen Leben. „Sind die Zeiten auch hart und schwer, jeder gebe sein Bestes her, darum soll einer den anderen stützen, keiner soll fremde Kräfte nützen.“

Unsere Gegner glauben, die jegliche Entrechtungsperiode mit ihren Auswirkungen auf die Existenzmöglichkeiten der Arbeiter sei erst recht geeignet, den Einfluß und die Verbekraft des gewerkschaftlichen Zusammenstoßes zu erschüttern. Sie, die Gegner, übersehen dabei, daß bereits schon zu lange und zu ununterbrochen auf die Existenzmöglichkeiten der Arbeiter herumgetrampelt wurde und daß bei dem geringsten Zeichen des Abwärtens der Wirtschaftskrisis ganz natürlich die Widerstandskraft sich wieder einstellt. Ebenso das soziale Denken, denn: „Leben heißt kämpfen mit Sorge und Not, leben heißt schaffen ums tägliche Brot. Leben heißt ringen fürs Menschentum, lehrt uns verachten äußeren Ruhm.“ Dieses Aufwachen auch aus Anlaß des Wahlkampfes muß in jeder Beziehung ausgenutzt werden, und, wenn dann am 6. November der Ansturm der reaktionären Gegner auf unsere Wählermassen abgelenkt ist und daneben unsere eigene gewerkschaftliche Stellung noch wesentlich befestigt werden konnte, wird das sicherlich für die Zukunft die Steinarbeiter, Steinseher und Rammer wieder anspornen zur Organisation und zum Kampf um unsere Rechte als Arbeiter und Staatsbürger. Dann wird allgemein in absehbarer Zeit eintreten, daß vor dem Gleichschritt und der Wucht der organisierten Arbeiterschaft unsere Gegner nicht nur endgültig zurückweichen, sondern für dauernd herausgeben müssen, was dem Arbeitsvoll entziffen und was ihm sonst noch vorenthalten wurde.

Darum auf zur Reichstagswahl am 6. November! Wehrt und schlagt die Reaktion in ihrer ganzen Sippe, wählt, wie es für einen freigewerkschaftlichen Arbeiter „Gebot der Stunde“ ist und nutzt mit Energie die kurze Zeit bis zur Wahl, vor allem auch zur Stärkung der Reihen unseres Verbandes.

Nun, der frontale Sturmangriff auf die Kaufkraft der breiten Massen, den der Papen-Plan unternommen hat, dürfte ja in dieser Beziehung seine Wirkung nicht verfehlen. Natürlich muß das „Mißverhältnis“ beseitigt werden. Es wäre aber offenbar eine zu einfache Auffassung der Wirtschaft, wenn man sich vorstellen wollte, daß die Einschränkung in den Produktionsgüterindustrien durch eine Erweiterung des Verbrauchs und der Konsumgüterindustrien ausgeglichen werden könnte. Anpassung des Verbrauchs an die Armut der Produktionsausnutzung, das ist die kategorische Forderung des Kapitalismus.

Produktionsmittel können nicht mehr hergestellt werden, weil Deutschland und die ganze Welt damit weit über den Bedarf angefüllt sind. Ein übergroßer und moderner Produktionsapparat steht leistungsbereit zur Verfügung. Rohstoffe in überquellender Fülle verderben ungenutzt. Sieben Millionen Arbeitslose in Deutschland, 30 Millionen in der kapitalistischen Weltwirtschaft jagen vergeblich nach Beschäftigung.

Die kapitalistische Wirtschaft ist vollkommen desorganisiert. Die Automatik des Systems ist eingetroffen und die verzweifeltsten Bemühungen, das Getriebe wieder in Bewegung zu bringen, bleiben erfolglos. Selbst die Optimisten unter den bürgerlichen Defonomen gehen in ihren Hoffnungen nicht weiter, als die Möglichkeit eines langsamen Wiederaufstieges in absehbarer Zeit vorauszusagen. Die Wahrscheinlichkeit, auch nur die Wirtschaftshöhe wieder erklimmen zu können, die vor der Krise erreicht war, ist außerordentlich gering. Dagegen setzt sich in der Wissenschaft mehr und mehr die Auffassung durch, daß wir auf eine „lange Welle“ des wirtschaftlichen Abstieges geraten seien, die nur noch gelegentlich durch kurzfristige Aufstiegsperioden unterbrochen würde.

Die Frage ist nur, ob die Menschen bereit sind, diesen unfreiwilligen langweiligen Abrutsch geduldig mitzumachen. Wie lange werden sie sich noch dem Wahnsinn unterwerfen, am Reichtum zu verelenden?

Wirtschaftssysteme verschwinden nicht von selbst. Sie müssen gestürzt werden, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Und wahrlich, die Zeit ist überreif für den Sturz des Kapitalismus, für die sozialistische Organisation der Wirtschaft.

Die Sozialdemokratische Partei in enger Gemeinschaft mit den Gewerkschaften hat den Kampf für den Sozialismus als Gegenwartsaufgabe proklamiert. Die konkreten Forderungen des Umbauprogramms — Ueberführung der Schwerindustrie und der Großbanken in den Besitz der Gesellschaft, Enteignung des Großgrundbesitzes, Aufbau staatlicher Wirtschaftsmonopole, Errichtung einer zentralen Planwirtschaftsstelle — sind die Voraussetzungen für eine Neuordnung der produktiven Kräfte im Sinne einer planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft.

Selbstverständlich hängt die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen von der politischen Machtgestaltung ab, davon, daß die vom Kapitalismus Enterten sich in einer politischen Willenseinheit zusammenfinden. Der Boden dafür ist die Sozialdemokratische Partei. Ihr gehören die gewerkschaftlichen Stimmen am 6. November.

Fritz Tarnow.

„vernichtende“ Kritik. Ob diese „schön“ oder „nicht schön“ ist, sei dahingestellt, jedenfalls ändert sie nichts an der Richtigkeit der von uns angegebenen Zahlen. Wir können doch nicht mehr christlich organisierte Mitglieder angeben, als in den ersichtlichen gewesenen Betrieben vorhanden sind. Weber haben wir behauptet, daß unsere Statistik erschöpfend ist, noch trifft es zu, daß absichtlich solche Betriebe nicht in die Statistik aufgenommen wurden, in denen der christliche Berufsverband „maßgebend vertreten“ ist.

Warum ergänzt denn die „Steinarbeiter-Zeitung“ unsere Ziffern nicht, indem sie die von ihr festgestellten christlich organisierten Betriebsräte aus der Natursteinindustrie (aber auch nur aus dieser, nicht etwa unter Hinzuziehung derjenigen aus der Glas-, Porzellan- und Ziegelindustrie) veröffentlicht. Dann wäre doch durch ein einfaches Rechenexempel festzustellen, über wieviel Betriebsräte beide Organisationen zusammen verfügen, um dadurch den Mitgliedern ein „ehrliches Bild“ über die Organisationsverhältnisse zu geben, und gleichzeitig ihre eigene „Stärke“ zu veranschaulichen.

Solange sie das nicht tut, müssen wir schon zu anderen Vergleichen greifen, um das Stärkeverhältnis der beiden Richtungen zu kennzeichnen. Wir beziehen uns daher auf die Ziffern des „Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich, Jahrgang 1931“. Danach betrug die Gesamtmitgliedschaft der Fabrik-, Transport-, Steinarbeiter und Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe Ende 1930

in den freien Gewerkschaften		in den christl. Gewerkschaften	
absolut	vom Hundert	absolut	vom Hundert
1 171 302	91,5	108 006	8,5

### Mitglieder

wonach das Verhältnis der beiden Richtungen sich allerdings zugunsten der christlichen etwas verschiebt, womit keineswegs der Beweis erbracht ist, daß das hier für die verschiedensten Gruppen festgestellte Ergebnis auch auf die Steinindustrie allein zutrifft. Doch wir sind ja gar nicht so, um dem christlichen Berufsverband noch einige Prozent Stärke mehr zuzugestehen, als er selbst zu veröffentlichen sich nicht getraut.

E. W.

## Briefkasten

**A. Glendziffern.** Nach den Feststellungen der Spitzenorganisation der amerikanischen Gewerkschaften ist die Arbeitslosigkeit in USA auf 11,5 Millionen gestiegen. Diese außergewöhnliche Steigerung von Beschäftigungslosen in diesem von der Natur reich gesegneten Lande gibt ein Bild von dem Niederbruch der dortigen Wirtschaft. In Deutschland beträgt die sichtbare und unsichtbare Arbeitslosigkeit zusammen 7,2 Millionen. Die Arbeitslosigkeit ist hier im Verhältnis noch höher als in den Vereinigten Staaten. In Deutschland kann man mit etwa 1,2 Millionen arbeitslosen jungen Männern von 18 bis 25 Jahren rechnen. Zählt man die jugendlichen Erwerbslosen bis zu 18 Jahren hinzu, so erhält man einen Begriff von der Not der arbeitslosen Jugend in Deutschland.

**Frau K.** In den Großstädten gibt es mehr Frauen als Männer. Wie stark das Uebergewicht der Frauen ist, dafür einige Beispiele: Auf 1000 Männer entfallen Frauen in Berlin 1177, London 1149, Paris 1195, Budapest 1192, Wien 1169 und Warschau 1185. Die genannten europäischen Hauptstädte haben also gleiche Bevölkerungsstruktur. Der Frauenüberschuß ist besonders in den Ländern stark, die am Weltkrieg beteiligt waren. Am größten ist der Uebergewicht an Frauen in dem Lebensalter von 20 bis 50 Jahren. Die mitgeteilten Ziffern rufen das Problem der Frauennarbeit in einen besonderen Gesichtskreis.

**Herm. K.** Wer ein Vermächtnis annimmt, übernimmt es mit Rechten und Lasten. Er kann z. B. nicht verlangen, daß die Erben die Hypotheken des ihm vermachten Hauses vorher ablösen. Und wie ihm einerseits die Früchte und Erzeugnisse einer vermachten Sache zuteilen, hat er andererseits die von dem Erben bzw. Beschwerten gemachten Aufwendungen zu erstatten. Wer so glücklich ist, eine Kuh vermacht zu erhalten, kann zwar das Geld für die seit dem Anfall des Vermächtnisses gemachte Milch verlangen, muß aber dem bisherigen Besitzer die Futterkosten vergüten.

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

### Berichtungen:

Sonnabend, 29. Oktober.  
In **Essen** um 19 Uhr im bekannten Lokal auf dem Schwanenkamp. Wichtige Versammlung, deshalb muß alles zur Stelle sein.  
Sonnabend, 5. November.  
In **Charlottenburg** um 20 Uhr bei Jamin, Sophie-Charlottenstraße 88.

### Gesperzt:

In **Weißfels** die „Werstätten für Friedhofskunst“, Otto Schlehman, Inh. Otto Sad, wegen Nichtbezahmens des Tariflohnes.

**Osnabrück.** Die Firma Heilmann u. a. Brassard, Maschinenwerk, hat ihre Belegschaft ausgesperrt.

### Streik:

In **Vollkühn** (Schlesien) und **Pathendorf**, Kreis Wohlau, Straßenbau. Arbeitsweigerung der auf diesen Bauustellen beschäftigten Steinseher und Rammer.

In **Stettin**, Straßenbau. Firma Gädke-Timm.

In **Waldenburg** (Schlesien), Straßenbau. Firmen Baum, Friemel u. Weiß und Hoff. Baustellen sind: Hausdorf, Rynau, Neuheim und Seitendorf.

**Kreuzlingen** (Schweiz). Der Ausstand der Grabmalarbeiter bei der Firma Sauter & Cie. dauert an. Wohl gelang es der Firma, vier Mann zum Streikbruch zu bewegen. Außerdem hat die Firma noch vier Lehrlinge. Eine Einigungsstunde führte zu keinem Resultat. Das Einigungsamt hatte die Auffassung, daß der vom Bau- und Holzarbeiterverband (Zentrale) unterzeichnete Gesamtarbeitsvertrag von der Belegschaft jederzeit geändert oder annulliert werden könne. Ein Hinweis auf die Art. 322 und 323 des Obligationenrechts fand kein Gehör. Dazu behauptete noch Herr Sauter, daß die Arbeiterchaft in einer Bundesversammlung einer Tarifrückbildung zugestimmt habe und das Einigungsamt erachtete dies als genügend für eine Uenderung des Tarifvertrages. Diese Werstättenversammlung hat aber nicht stattgefunden. Was nützt es, man glaube eben nur dem Unternehmer, aber den Arbeitern nicht. Durch Unterschriften wurde dem Einigungsamt die Unwahrheit jener Aussagen mitgeteilt, aber trotzdem mutete es den Arbeitern zu, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen und den Lohnabbau von 18 bis 50 Prozent ruhig zu schluß. Wenn auch die Arbeiter größtenteils Grenzgänger sind und sich hüten müssen, keinerlei Störungen hervorzurufen, so lassen sie sich aber doch nicht wie Sklaven behandeln.

Wir warnen alle Kollegen, bei den vorstehend genannten Firmen und Orten um Arbeit nachzufragen. Bei Arbeitsangeboten muß vorher beim Zahlstellen Vorstand Erkundigung eingeholt werden.

**Zur Beachtung! Von Sperren usw.** muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

**Kollege, hast Du schon einen Taschentaler für 1933 beim Zahlstellen Vorstand bestellt?**

**Niederschlesien. Soz. Wohlfahrts-Einrichtung der Steinseher im Provinzbezirk:** Den Kollegen zur Kenntnis, daß mit dem 15. November 1932 alle Wohlfahrtsbücher von den Arbeitgebern zurückzuführen und bis spätestens 20. November 1932 zur Verrechnung an die Adresse des Obmanns: Hermann Litzmann, Breslau 17, Lomnitzerstr. 8, zu senden sind. Auszahlungen erfolgen nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches, andernfalls wird nach § 8 Abs. 5 des RTB. und des BTB. § 3 Abs. 3 der Soz. Wohlfahrts-Einrichtung verfahren.

## Adressenänderungen

- Gau: **Heinrichswalde**. Postbezeichnung: Pasewalk-Land.
- Gau: **Triebendorf**. Kass.: Alois Zeitler, Wiesau Nr. 51 (Oberpf.).
- Gau: **Darmstadt**. Kass.: Karl Ruppert, Arheilgerstr. 37.

## Anzeigen

### Steinsetzer und Berufsgenossen von Groß-Berlin

Am Sonntag, 30. Oktober, um 10 Uhr in den Brunnensälen, Brunnenstraße 15, Gruppenversammlung für alle Bezirke. — Wegen der Wichtigkeit müssen alle Bezirke vertreten sein. — Mitgliedsbuch legitimiert!  
I. A.: A. Jackisch.

**Berlin Vierteljahresgeneralversammlung** für alle der Zahlstelle Berlin angehörenden Mitglieder am Montag, 7. November, 18 Uhr, Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelfufer 25.

Tagesordnung: 1. Notverordnung und Gewerkschaften. Referat des Genossen Göring. 2. Aussprache. 3. Bericht vom 3. Quartal 1932. 4. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht!  
Die Ortsverwaltung. I. A. Martens.

## Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl, **Rammen, Brechstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb  
**Otto Teske, Berlin N 31**  
Brunnenstraße 82

## Die Bezugsquelle für alle

des In- und Auslandes ist für jeden unserer Berufskollegen und seinen Angehörigen die **Verlagsgesellschaft des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a**. Man wende sich deshalb im Bedarfsfalle vertrauensvoll an die genannte Adresse.

## Geforben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

**Kirchenlamitz.** Am 12. Oktober der Granitsteinmetz Fritz Herold, 56 Jahre alt, 3 Jahre krank, Lungentuberkulose.

**Hamburg.** Am 12. Oktober der Rammer Heinrich Peters, 82 Jahre alt, Altersschwäche.

**Kamenz.** Am 13. Oktober der Pflastersteinmacher Max Petzold, 41 Jahre alt, Freitod.

**Striegau.** Am 14. Oktober der Granitsteinmetz Gustav Winkler, 33 Jahre alt, 10 Monate lungenkrank.

**Großenriffe.** Am 14. Oktober der Brecher Martin Schütz, 58 Jahre alt, 9 Monate krank, Magen- und Lungenleiden.

**Langenthal.** Am 15. Oktober der Hilfsarbeiter Friedrich Krug, 64 Jahre alt, 4 Jahre asthmalidend.

**Rammersbach.** Am 17. Oktober der Pflastersteinmacher Jakob Bärthel 75 Jahre alt, 8 Tage krank, Unfall.

**Berlin.** Am 17. Oktober der Sandsteinmetz Karl Otto, 64 Jahre alt, 4 Jahre krank, Staublunge. — Am 19. Oktober der Steinmetz Wilhelm Schütz, 58 Jahre alt, 3 Monate krank, Brustkrebs.

**Löbau (Sa.).** Am 18. Oktober der Schleifer Emil Heinke, 60 Jahre alt, 6 Monate krank, Herzleiden.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Wiedler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

